

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 12.11.2009 um 17.40 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Günther

Stadtrat E. Müller

Stadtrat M. Müller

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt\_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser

Stadtrat Rank

Stadträtin Schwab

Stadtrat Stiller

Stadträtin Stocker (ohne Ziffer 5)

Stadtrat Weiglein\_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

Stadtrat Heisel

Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag

Bürgermeisterin Regan

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof

Stadtrat Steinruck

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn (ohne Ziffer 5)

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Stadtrat Schardt (ohne 8 E)

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sichershausen)

Herr Pfreuzinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger  
Oberamtsrat Hartner (Ziffer 1)  
Bauamtsleiter Janner  
Frau Noormann  
Stadtplaner Neumann  
Dipl. – Ing. Richter (Ziffer 1)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Lorenz  
Stadtrat May  
Stadträtin Glos  
Stadträtin Kahnt

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Oberbürgermeister Müller erkundigt sich nach Anregungen zur Tagesordnung. Stadträtin Dr. Endres-Paul beantragt den Punkt 6 der Tagesordnung „Antrag der KIK – Initiative zur Revitalisierung der Kitzinger Innenstadt – Kitzingen hat Zukunft“ um 14 Tage bis nach der Entscheidung hinsichtlich des Zuschusses an den Stadtmarketingverein zu vertagen. Sie spricht sich im Grunde für diesen Antrag aus, jedoch sollte zunächst der Zuschuss an den Verein sichergestellt sein, nachdem sich dieser ebenfalls bei verschiedenen Projekten um die Innenstadt bemüht und deshalb bei dem Symposium ebenfalls mitwirken sollte. Nach kurzer Diskussion bittet Oberbürgermeister Müller um Abstimmung.

### **Mit 9 : 18 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, den Tagesordnungspunkt 6 „Antrag der KIK – Initiative zur Revitalisierung der Kitzinger Innenstadt – Kitzingen hat Zukunft“ abzusetzen und nach der Entscheidung hinsichtlich des Zuschusses an den Stadtmarketingverein wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde.

Ebenfalls vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Stadtrat Moser fest, dass in der Stadtratssitzung am 29.10.2009 zugesagt wurde, den Zuschuss an den Stadtmarketingverein in heutiger Sitzung abschließend zu behandeln. Er bittet die Gründe der nicht Behandlung zu erläutern.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die in der Fraktionsvorsitzendenbesprechungen erbetenen Unterlagen noch nicht vorlagen und deshalb der Zuschuss im nächsten Turnus 19.11./26.11.2009 behandelt werde. Dies wird zur Kenntnis genommen.

2. Bürgermeister Christof stellt den Antrag die Tagesordnungspunkte 8 (Städtebauliche Rahmenplanung Harvey I; Abwägung der Stellungnahmen und Beschluss der Öffentlichkeitsbeteiligung), 9 (Durchführung der Städtebaulichen Rahmenplanung Harvey Barracks II und III) und 11 (Einleitungsbeschlüsse Änderungsverfahren des Flächennutzungsplan im Bereich Harvey Barracks) von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Er begründet dies mit der fehlenden Vorberatung im Finanzausschuss, den fehlenden Unterlagen, worauf sich die TÖB-Anregungen beziehen und der Tatsache, dass Planungsleistungen nach außen gegeben werden sollen, obwohl das Bauamt personell aufgestockt wurde.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass eine Vorberatung in der Projektgruppe Konversion stattgefunden habe und deshalb eine nochmalige Beratung im Finanzausschuss nicht notwendig war. Hinsichtlich der Vergabe nach Außen verweist er auf die Änderung im Beschlusssentwurf, wonach die Planungen intern vonstatten gehen werden.

Stadtplaner Neumann erklärt, dass sich die Stellungnahmen der TÖB auf den Planungsstand vom Sommer 2009 beziehen, den er in der damaligen Sitzung vorgestellt habe.

### **Mit 3 : 24 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, den Tagesordnungspunkt 8 „Städtebauliche Rahmenplanung Harvey Barracks I; Abwägung der Stellungnahmen und Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung“ abzusetzen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde. Der Punkt wird behandelt.

### **Mit 3 : 24 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, den Tagesordnungspunkt 9 „Durchführung der Städtebaulichen Rahmenplanung Harvey Barracks II und III“ abzusetzen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde. Der Punkt wird behandelt.

### **Mit 16 : 11 Stimmen**

Es besteht Einverständnis, den Punkt 11 „Einleitungsbeschlüsse Änderungsverfahren des Flächennutzungsplanes im Bereich Harvey Barracks“ abzusetzen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass dem Antrag stattgegeben wurde. Die Angelegenheit wird auf die Tagesordnung der nächsten Finanzausschusssitzung gesetzt.

#### **1. Planfeststellungsbeschluss Mainausbau – Sicherung gegen Schiffsstoß-Grundsatzbeschluss für die Ausführung einer Alternativen Brückensicherung**

- A. Oberbürgermeister Müller verweist nach der Beschlussfassung im Finanzausschuss auf ein eingegangenes Schreiben des Kitzinger Rudervereins, die bei der beschlossenen Variante (Rundrohrlösung) eine Gefährdung für ihre Sportler erkennen. Bauamtsleiter Janner geht daraufhin auf einen alternativen Vorschlag seitens des Stadtbauamtes ein, wonach durch eine asymmetrische Anordnung der Rundrohre uferseitig eine Fahrgasse gebildet werden könnte. Dieser Vorschlag müsse noch vom Wasserstraßen-Neubauamt bestätigt werden. Hinsichtlich der Kopfgestaltung spricht sich die Verwaltung für eine horizontale schwarz/gelb-Gestaltung aus.

#### **B. Mit 26 : 1 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen
2. Anstelle der dem Planfeststellungsbeschluss zu Grunde liegenden Lösung einer „Brücke in der Brücke“ soll eine Kostengünstigere Lösung in Form der vom Wasserstraßen-Neubauamt Aschaffenburg mit Schreiben vom 12. Oktober 2009 vor-

geschlagenen Alternative 6 „Rundrohrlösung mit 8 Rundrohren“ ausgeführt werden. Die insgesamt 8 Rundrohre als Einzelpfähle, sind sowohl unterstromig als auch oberstromig der Brücke, mittig vor den vier Brückenbögen vorgesehen. Der Vorschlag der Verwaltung auf asymmetrische Anordnung ist noch mit dem Wasserstraßen-Neubauamt abzustimmen. Die Rundrohe haben einen Querschnitt von ca. 110 cm, ragen ebenfalls etwa 1,10 m bei Normalwasserstand aus dem Wasser und erhalten einen schwarz/gelben (horizontal) Kopfanstrich.

3. Die Stadt Kitzingen hat für die Sicherung gegen Schiffsstoß mindestens 50 % der Baukosten sowie der Ablösekosten zu tragen.

#### **Kostenanteil der Stadt Kitzingen**

50% der Baukosten = 450.000 € / 2	225.000 €
Zzgl Verwaltungskostenanteil 10%	22.500 €
50% Ablösung der Unterhaltskosten	<u>123.944 €</u>
Summe:	371.444 €
19% Mwst	<u>70.574 €</u>
<b>Gesamt</b>	<b>442.018 €</b>

4. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, vertreten durch das Wasserstraßen-Neubauamt Aschaffenburg, wird das für den Einbau der Rundrohre erforderliche Planänderungsverfahren einleiten und durchführen.
5. Ebenso wird die vollständige Abwicklung der Maßnahme und Vorfinanzierung durch das Wasserstraßen-Neubauamt Aschaffenburg vorgenommen. Die Einforderung des Kostenanteiles der Stadt Kitzingen wird frühestens im 2. Quartal 2010 erfolgen.
6. Die zur Abwicklung der Maßnahme erforderliche Verwaltungsvereinbarung wird durch das Wasserstraßen-Neubauamt Aschaffenburg erstellt. Die Fertigstellung und Vorlage bei der Stadt Kitzingen erfolgt erst mit Abschluss und Berücksichtigung des Planänderungsverfahrens.

#### 2. Städtebauförderung:

Sanierung des Anwesens "Villa Kleinschroth", Mainstockheimer Straße 11  
Antragsteller: Herr Braune Steffen, Hassbergstr. 12, 97491 Aidhausen

#### **Mit 27 : 0 Stimmen**

Für die Sanierung des Anwesens "Villa Kleinschroth" Mainstockheimer Str. 11 wird angelehnt an das Kommunale Förderprogramm der Stadt Kitzingen ein Zuschuss in Höhe von 2.000 € gewährt.

#### 3. Bedarfsmitteilung zum Städtebauförderungsprogramm 2010

#### **Mit 25 : 1 Stimmen**

1. Das Antragsvolumen der förderfähigen Kosten für das Städtebauförderungsprogramm 2010 wird für die Haushaltsjahre 2010 - 2013 wie folgt festgesetzt:

2010:	950.000 €
-------	-----------

2011:	696.000 €
2012:	470.000 €
2013:	570.000 €

2. Folgende Einzelmaßnahmen werden zur Förderung angemeldet:

Maßnahmen	zuwendungsfähige Kosten in Tausend €			
	2010	2011	2012	2013
Marktstraße 27, 29, 31 (70.000 €)	70	--	--	--
• Kommunales Förderprogramm (100.000 €)	25	25	25	25
• Konversion von Militärflächen (400.000 €)	100	100	100	100
• Umgestaltung Bahnhofsvorplatz (500.000 €)	30	70	300	100
• Neugestaltung der Mainpromenade BA II (1.016.000 €)	600	416		--
• Neugestaltung der Mainpromenade BA III (300.000 €)	--	--	--	300
• Rahmenplanung Innenstadt / Zentrenkonzept (120.000 €)	80	40	--	--
• Stadtmöblierung (180.000 €)	45	45	45	45
Insgesamt	<u>950</u>	<u>696</u>	<u>470</u>	<u>570</u>

#### 4. Umgestaltung Bahnhofsumfeld Kitzingen

##### **Ohne Abstimmung**

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

Die Abstimmung über die Einzelanträge der KIK-Fraktion vom 23.07.2009 und der Antragsmodifizierung vom 25.08.2009 erfolgt in der Finanzausschusssitzung 19.11.2009 bzw. in der Stadtratssitzung am 26.11.2009 in nichtöffentlicher bzw. öffentlicher Sitzung gemäß der Gemeindeordnung je nach Einzelantrag.

#### 5. Entlassung des Feldgeschworenen Stefan Denninger aus seinem Ehrenamt

##### **Mit 25 : 0 Stimmen**

Dem Antrag des Herrn Stefan Denninger, Zum Oberbäumle 14, Kitzingen, auf Entlassung aus seinem Ehrenamt als Feldgeschworener in Kitzingen aus gesundheitlichen Gründen wird gemäß Art. 19 Abs. 4 i. V. m. Art. 19 Abs. 2 GO stattgegeben.

6. Antrag Nr. 74 der KiK-Fraktion vom 10.10.2009:

„Initiative zur Revitalisierung der Kitzinger Innenstadt >Kitzingen hat Zukunft<“

**Mit 27 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die weitere Verfolgung des KiK-Antrages vom 10.10.2009 im Rahmen der Fortschreibung des ISEK und der Rahmenplanung für die Kitzinger Altstadt. Angestrebt wird eine Umsetzung bis Herbst 2010.
3. Der Kostenrahmen darf 20.000,00 € nicht überschreiten. Ein Zuschussantrag ist zu stellen.

7. Erhöhung der Grundsteuer A und B ab 01.01.2010.

A. Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Sachvortrag und die Notwendigkeit, die Grundsteuer ab dem 01.01.2010 zu erhöhen. Seiner Auffassung nach sollte man eine Erhöhung auf 340 wählen und bittet um Zustimmung.  
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht auf verschiedene Einsparungsmöglichkeiten im Vermögenshaushalt durch Verschiebung bzw. Reduzierung der Standards ein. Im Verwaltungshaushalt habe man lediglich die Möglichkeit auf Reduzierung der freiwilligen Leistungen sowie der Personalkosten, was seiner Auffassung nach jedoch nicht sinnvoll sei. Die Verwaltung spricht sich für die Erhöhung der Grundsteuer als Einnahme im Verwaltungshaushalt sowie für die gleichzeitige Ausgabeneinsparung aus.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- und gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt stellt fest, dass eine Erhöhung der Grundsteuer der falsche Weg sei und dem Bürger nur schwer zu vermitteln wäre. Seiner Auffassung nach müsse zunächst die Verwaltung Ausgabeneinsparungen vornehmen, bevor man die Grundsteuer moderat anpassen könne.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser spricht sich ebenfalls für das vorrangige Ausschöpfen von Einsparungsmöglichkeit aus, bevor die Steuern erhöht werden.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul schließt sich ihren Vorrednern an.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp ist ebenfalls der Auffassung die Grundsteuer nicht zu erhöhen und die Haushaltssituation möglichst durch das Einsparen von Ausgaben zu verbessern.

Dabei spricht sie auch die Budgets an, die ihrer Auffassung nach überprüft werden sollten.

e) KiK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof spricht sich auch gegen die Erhöhung der Grundsteuer aus. Eine Verbesserung der Situation sollte über Einsparungen erfolgen.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt spricht sich ebenfalls für die Ausnutzung der Einsparungsmöglichkeiten aus. Erst wenn die Verwaltung den ersten Schritt machen würde, könnten die Bürger eine mögliche Erhöhung der Grundsteuer nachvollziehen.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm spricht sich ebenfalls gegen die Erhöhung aus.

**C. Mit 26 : 1 Stimmen**

Eine Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B erfolgt nicht

**8. Städtebaulichen Rahmenplanung Harvey Barracks I (West): Abwägung der Stellungnahmen und Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung**

A. Stadtplaner Neumann geht ausführlich auf alle eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zur Städtebaulichen Rahmenplanung und auf die jeweilige Abwägung ein.

In folgender ausführlichen Diskussion wird zu einzelnen Punkten der Abwägung Stellung genommen. Darüber hinaus kommen grundsätzliche Punkte in der Vermarktung wie beispielsweise die Erschließung, die Grundstückspreise sowie die Altlastenproblematik zur Sprache.

Auf die Bedenken hin, dass ein Rahmenplan keinerlei Festsetzungen treffe und für einen Investor keinesfalls bindend sei, macht Stadtplaner Neumann nochmals die Bedeutung eines Rahmenplans als flexibles Vermarktungsinstrument deutlich. Nachdem im anschließenden langwierigen Flächennutzungsplanverfahren ebenfalls die Abfrage der Träger öffentlicher Belange erfolge, habe man bereits eine Abschätzung, mit welchen Bedenken zu rechnen sei. Darüber hinaus erhalte der Investor einen Ausblick, in welche Richtung es gehe.

**B. Ohne Abstimmung**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat nimmt die eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange gemäß beigefügter Abwägungstabelle zur Kenntnis.

**C. Mit 24 : 3 Stimmen**

Der Stadtrat beschließt, die Beteiligung der Öffentlichkeit zur städtebaulichen Rahmenplanung Harvey Barracks I (West) in Form einer 14-tägigen Ausstellung im Rathaus-Foyer durchzuführen.

D. Stadtrat Pauluhn stellt den Antrag, neben der Ausstellung im Foyer des Rathauses die Rahmenplanung in einer allgemeinen Bürgerversammlung der Öffentlichkeit zu präsentieren.

**E. Mit 3 : 23 Stimmen**

Mit dem Antrag auf Präsentation der Rahmenplanung in einer allgemeinen Bürgerversammlung besteht Einverständnis.

F. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde.

9. Durchführung der Städtebaulichen Rahmenplanung Harvey Barracks II (Mitte) und III (Ost)

**Mit 25 : 2 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Durchführung der Städtebaulichen Rahmenplanung für die Bereiche Harvey Barracks II (Mitte) und III (Ost).

10. Antrag der UsW-Fraktion vom 21.05.2009 zur Entwicklung der Konversionsflächen

A. Stadtplaner Neumann geht kurz auf den Sachvortrag ein. Er stellt dar, dass man zunächst die Fortschreibung der Harvey Barracks umsetzen sollte, bevor die Fortschreibung der weiteren Konversionsflächen angegangen werde.  
Nach kurzer Diskussion auch unter dem Gesichtspunkt, dass hiermit die gesamten Konversionsflächen in einem überplant werden könnten, gibt Bauamtsleiter Janner zu Bedenken, dass der Bedarf an einer Überplanung der gesamten Konversionsflächen entsprechend begründet werden müsste, was bei einer Fläche von ca. 400 ha schwer fallen dürfte.

**B. Mit 12 : 15 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag der UsW zum jetzigen Zeitpunkt ab, im Bereich Larson Barracks und Marshall Heights Änderungsverfahren für den Flächennutzungsplan einzuleiten.

C. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Verwaltungsvorschlag auf Ablehnung des Antrages abgelehnt wurde. Die notwendige positive Beschlussfassung werde in der Stadtratssitzung am 26.11.2009 erfolgen.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.00 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer